

Hier bei der Expedition 2 R., außerhalb bei den Königl. Postämtern 2 R. 10 Pf. incl. Post-Aufschlag, in Köln bei dem Königl. Post-Zeitungssamle für England 3 R. 15 Pf., für Frankreich 4 R. 24 Pf., für Belgien 2 R. vier-teljähril. In Warschau bei d. A. A. Postämtern 4 R. 33 Kop. In Russland laut A. Postzare.

Ostsee-Zeitung

und Börsen-Nachrichten der Ostsee.

Stettin, 1866.

Freitag, 15. Juni

Insertions-Preis:

für den Raum einer Petitzelle 2 Pf.

Inserate nehmen an:

in Berlin: A. Retemeyer, Breitestr. 1.

in Hamburg-Altona: Paaschstein & Vogler.

in Stettin: die Expedition.

Geeignete Mittheilungen werden gratis aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt.

Deutschland.

Darmstadt, 11. Juni. Beim Beginn der heute erfolgten Debatte der zweiten Kammer über die Creditforderung der Regierung für Rüstungszwecke teilte Mez mit, daß dem Finanz-Ausschuß ein Schreiben des Ministers Dahlwig zugemessen sei. In demselben wird eine fast wörtlich ähnlich lautende Sicherung gegeben, wie sie Herr v. Barnbüler der Württembergischen Kammer ertheilt hat. Es heißt in derselben:

Die Großherzogl. Regierung erklärt hiermit, daß sie Alles, was in ihren Kräften steht, thun wird, um gemeinsam mit den ihr näher befreundeten Deutschen Regierungen dabin zu wirken, daß nicht die unveränderte Aufrechterhaltung der Bundesverfassung, wie solche dermalen besteht, sondern die Einigung des ganzen Deutschen Volks in einem frei gewählten Parlamente als Ziel des drohenden Kampfes erfrebt und errungen werde, — in einem Parlamente, das, mit der Fülle constitutioneller Befugnisse ausgestattet, die über die Einzelregierungen zu stellende Centralgewalt zu unterstützen und mit dieser den Gesamtwillen Deutschlands zur Geltung zu bringen im Stande ist.

Was sodann noch die Schleswig-Holsteinsche Frage betrifft, so bedurfte und bedarf es einer ausdrücklichen Zusicherung nicht, daß die Großherzogl. Regierung an dem von ihr bisher, im Einfang mit der Landesvertretung, behaupteten Standpunkte treu festhalten werde. Der Unterzeichnete ist übrigens auch hier durch den Großherzogs Königl. Hoheit noch besonders zu der Erklärung ermächtigt, daß die Großherzogliche Regierung nur für eine solche Erledigung der Herzogthümerfrage eintreten wird, welche mit den Wünschen und der Rechtsüberzeugung der Bevölkerung übereinstimmt. Eine Verfüzung über die Herzogthümer gegen den Willen und die Rechtsüberzeugung des Volks wird die Großherzogliche Regierung nicht als gültig anerkennen.

Der Debatte entnehmen wir nach dem „Franks. Journ.“ das Folgende:

Mez bemerkte: trotz dieser wichtigen Vorlage empfehle der Ausschuß sofortige Berathung ohne vorhergegangene Berichterstattung; auch halte derselbe an seinen ursprünglichen Anträgen fest, denn eine einfache Zusage könne nicht als sichernde Concession angesehen werden. Das von der Regierung proponierte Parlament solle neben einer vorher zu schaffenden Centralgewalt eine machtlose Stellung einnehmen, während das Volk ein Parlament wünsche, das seinen Wünschen unwiderrücklich nachgebe. Weiter führt Redner aus, daß die Lage nicht für Zwecke der religiösen und politischen Reaction ausgebeutet werden dürfe. Der Kampf könne nur dann ein segensreicher sein, wenn man die volle Befreiung entsetze; andernfalls würde die Nation demüchtigt, wie im Jahr 1813 und 1849, schmählich betrogen am Grabe ihrer Freiheit und Einheit stehen. — In Betreff einer von dem „Staatsanz. f. Würt.“ kürzlich aufgestellten Befreiung, daß Herr v. Barnbüler nie die ihm von Mez zugeschriebene Aeußerung: lieber Französisch als Preußisch, gethan habe, erklärt Mez: Herr v. Barnbüler habe diese Aeußerung allerfalls gethan und zwar gelegentlich der Generalverlammung des Reformvereins im Hause des Senatovs v. Bernus zu Frankfurt a. M. Dort habe der Minister geäußert: „Lieber unter dem Teufel als unter Preußen, lieber Französisch als Preußisch.“ Minister v. Dahlwig führt in seiner Rede u. A. an, daß Baden nunmehr entschlossen sei, mit den Bambergischen Regierungen Hand in Hand zu gehen. Die legeren nahmen zwischen den beiden Großmächten eine unbesangene Stellung ein, wären aber entschlossen, den bundestreuen Staat in seiner Bestrebungen für Aufrechterhaltung des Rechtszustandes entschieden zu unterstützen. Der drohende Kampf werde nicht um dynastische Interessen, sondern um der Unabhängigkeit der Elb-Herzogthümer willen geführt werden, zu deren Wahrung die Regierung so oft in diesem Saale aufgefordert worden sei. Die bundestreuen Mittelstaaten hätten 100,000 Mann in die Waghsäule zu werfen eine geniz respectable Macht; die Neutralität würde eine Aussaugung der betreffenden Länder durch beide Theile zur Folge haben. — Ferner bemerkt der Minister: Der Bund werde, wie mit Gewissheit angenommen werden könne, den Herzog Friedrich in allernächster Zeit anerkennt, seinen Bundesgesandten provisorisch zulassen, im Uebrigen die Frage an ein Austragsgesetz verweisen.

Wiesbaden, 11. Juni. Eine gestern in Oranienstein abgehaltene Landesversammlung war von etwa 2000 bis 3000 Männern aus allen Theilen des Landes besucht. Die Mitglieder der liberalen Partei beider Kammern des Landtages hatten sich sämmtlich eingefunden. Der Versammlung wurden folgende Resolutionen vorgeklungen und einstimmig angenommen:

1) Zur Beteiligung an dem zwischen den Deutschen Großmächten drohenden, nach Ursprung und Zweck verwerflichen Kriege, liegt für die übrigen Deutschen Staaten zur Zeit noch kein Grund vor; vielmehr ist deren Aufgabe, für die Vermittlung des Friedens zu wirken.

2) Zumal für Nassau ist es nach seiner Stellung als Kleinstaat und nach seiner geographischen Lage ein Gebot der Pflicht und der Klugheit, sich aller voreiligen Kriegsrüstungen und jeder Parteinaufnahme vorerst zu enthalten.

3) Es ist darum nicht zu billigen, daß die Herzogliche Regierung die beurlaubten Soldaten eingerufen und Kriegsbereitschaft angeordnet hat, vielmehr hätte Nassau, wie andere Deutsche Bundesstaaten in gleicher Lage, sich kriegerischer Vorbereitungen enthalten sollen. Es ist darauf zu dringen, daß das Militär wieder auf den Friedensfuß gesetzt werde, und die Mittel zur Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft sind vorerst wenigstens zu verzögern.

4) Auch wenn die Lage sich anders gestaltet, muß als unerlässliche Voraussetzung der Befreiung von Gelben für Kriegszwecke daran festgehalten werden, daß diese nur dann erfolgen kann, wenn genügende Garantien für deren alleinige Verwendung im nationalen Interesse gegeben sind. Es ist nicht nachzulassen in den Bestrebungen zur Wiederaufrichtung des vollen Rechtszustandes in unserem engeren Vaterlande.

5) Nur das Deutsche Volk selbst in seiner Gesamtheit, vertreten durch ein freigewähltes Parlament, kann den jetzigen unheilvollen Streit schlichten, und nur das in Freiheit geeinigte Deutschland kann der Wiederkehr jolch' trostloser Zustände vorbeugen. In einem wohlgeordneten Deutschen Gesamtstaate werden auch die Mittel- und Kleinstaaten den ihnen rechtmäßig gebührenden Einfluß gewinnen und erhalten. Auf endliche Konstituierung Gesamt-Deutschlands ist daher mit Eifer und Ausdauer zu dringen.

In diesen Säzen dürfte sich die Stimmung des Landes deutlich ausgesprochen haben, denn es waren ausdrücklich alle Landesangehörigen ohne Unterschied der Parteistellungen eingeladen. Auch ließ die Zusammensetzung der Versammlung deutlich erkennen, daß diesem Rufe von allen Seiten Folge gegeben worden war. An dem heiligen Kreuzzuge gegen Preußen wird sich das Land nicht beteiligen. Die Versammlung erklärte zuletzt noch unter lebhaften Hoch- und Vivatsrufen: „Die liberale Partei beider Kammern des Landtages genieße auch jetzt, wie seither, das volle Vertrauen des Landes.“ (Fr. J.)

Italien.

Aus Benedig geht durch die Italienische Presse der Notchrei, daß die Österreichische Regierung die Vorstellungen der Central-Congregation gegen die Zwangs-Anleihe mit Hohn zu-

rückgewiesen und die sofortige Ausführung dieser Zwangsmäßregel befohlen hat. Diese Höbspott traf mit der Nachricht von Garibaldi's Ankunft auf dem Festlande zusammen.

Ein Schreiben in den „Debats“ aus Florenz vom 9. meldet: „Die Eröffnung der Feindlichkeiten soll auf Montag oder Dienstag festgesetzt sein; jedenfalls werden sie nur noch wenige Tage auf sich warten lassen. Durch die Einberufung der Reserve von 1842, 43 und 45 wird die Armee wieder um 100,000 Mann vermehrt. Der König wird sich sofort nach Piacenza begeben. Lamarmora, der Minister des Neuzern bleibt, begleitet ihn. Es muß auffallen, daß man in der Person eines einzigen Mannes so wichtige Funktionen zu gleicher Zeit vereinigt, aber es könnte kaum anders sein, damit die allgemeine Direction die nämliche bleibe. Eine Aenderung würde nicht ohne Unbequemlichkeiten sein, zumal es sehr möglich ist, daß diplomatische Manöver stattfinden werden, über welche die Welt mehr erstaunen wird, als über das, was gegenwärtig vorgeht.“ Ein Correspondent der „Opinion nationale“ giebt aus Piacenza v. 8. Juni einige Aufschlüsse über die Stellung der feindlichen Armee. Ihm zufolge ist es ganz irrg, daß die Italiener es mit den Österreichern nicht aufnehmen können. Die letzteren haben nur 170,000 Mann im Venetianischen, da sie ihre Hauptmacht nach dem Norden gesandt haben. „Die Österreicher“ — so meint derselbe — „verachten, aber sehr ungerechter Weise, die Italienische Armee. Sie halten es für möglich, sich ihrem Marsche mit 170,000 Mann entgegenstellen zu können; sie rechnen dabei auf einen Aufstand in Neapel und auf die Reaction in Toscana. Die Truppen, welche Italien sofort in Linie stellen kann, sind 270,000 Mann stark; dazu kommen noch 40,000 Freiwillige und die Reserven, die ich aber im Augenblick bei Seite lassen will. Die Italiener werden natürlich die Angreifer sein, da die Österreicher nicht genug Truppen haben, um diese thun zu können. Die Österreicher sind in Folge dessen auf allen Punkten bedroht und müssen sich ausdehnen. Dank den Eisenbahnen kann man aber in einer Nacht hunderttausend Mann concentriren, um über irgend einen Punkt herzufallen. Die Freiwilligen werden die Österreicher überall bedrohen, und diese müssen deshalb zum wenigsten 70,000 Mann in den Festungen und in den Engpassen von Throl lassen. Es bleiben also den Österreichern nur 100,000 Mann, um eine Schlacht zu liefern. Die 40,000 Freiwilligen werden den Feind auf allen Punkten beunruhigen, so daß Italien 270,000 Mann hat, um den hunderttausend eine Schlacht zu liefern. Wenn die Österreicher eine solche nicht anzunehmen wagen und sich in ihre Festungen einzuschließen, so können sich die Italiener sehr leicht Venetians bemächtigen, 170,000 Mann als Observations-Corps zurücklassen und mit 100,000 Mann auf Wien (!?) marschieren. Die Observations-Armee würde sich auf Rovigo, Padua, Vicenza und Benedig stützen, während die Freiwilligen durch Besetzung von Südtirol alle Verbindungen mit Deutschland abschneiden. Sie sehen, daß die Aussichten, welche Italien hat, ausgezeichnet sind, wenn — es giebt ein „Wenn“ — seine Soldaten sich gut schlagen.“ Einem Schreiben aus Florenz vom 7. Juni entnehme ich noch Folgendes: „Eine neue Anwerbung von Freiwilligen wird vorgenommen, und die ganze Nationalgarde mobil gemacht werden. Auch wurde beschlossen, eine neue Anleihe von 750 Millionen zu machen. Ricasoli und Andere haben die Verantwortlichkeit für diese Maßregel nicht übernehmen wollen, und das jetzige Ministerium wird dieserhalb am Ruder bleiben.“

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Die Opposition hatte sich auf eine nachdrückliche Durchdebattirung der auswärtigen Politik und der Lage Europas vorbereitet und Jules Favre die Hauptrolle zugewiesen. Doch der Kaiser kam ihm zuvor, indem er die seit mehreren Tagen angekündigte Botschaft in Form eines offenen Briefes an Drouyn de Lhuys vorlesen und die Discussion über Dinge, die zur Berathung noch nicht reif, kurzweg durch ein Votum der Majorität abhun ließ. Die Kundgebung für den Frieden, von der im Voraus so viel Wesens gemacht wurde, ist mit diesem Vertrauensvotum ins Wasser gefallen, als man die „freie Hand“ in eine drohende Faust verwandelt fand. Nach dieser politisch-parlamentarischen That geht der Kaiser aufs Land, zunächst nach St. Cloud, dann nach Vichy und darauf nach Nancy und Straßburg. Alle Betrachtungen der hiesigen Blätter verlieren ihre Bedeutung gegenüber dem Schreiben des Kaisers. Der geheime Rat ist heute schon wieder versammelt; auch dieses ist ein Symptom, daß man großes Spiel zu wagen entschlossen ist. Nun kommt auch noch die Orientalische Frage hinzu, wenigstens gilt es hier für eine beßlüssige Sache, daß die Pforte in die Donau-Fürstenthümer den Schuhmächten zum Trop einrücken wird. Auf der anderen Seite fällt es auf, daß der Wiener Hof in Siebenbürgen und Galizien nicht nur der Russen wegen seine Truppen nicht vermehrt, sondern gerade umgekehrt ein Regiment nach dem anderen nach Krakau und Mähren zieht, so daß in beiden Ländern nur knapp noch so viele Infanterie steht, wie zum Garnisons- und Polizeidienste unentbehrlich ist. Dies sind Thatsachen; die Commentare, welche darüber gemacht werden, gehen alle darauf hinaus, daß, wie ein Einverständnis zwischen den bei der Polnischen Frage beteiligten Mächten besteht, dieselbe nicht vor ein Europäisches Forum gelangen zu lassen, so das Wiener Cabinet sich bemüht, in der Humanitätsfrage, in der Preußen jetzt eine so „anmaßende“ Stellung genommen habe, eine Abmachung zwischen den drei angränzenden Staaten Österreich, Russland und Türkei herbeizuführen, wobei Österreich den Russen alle möglichen Concessions bieten würde, wenn Russland im Osten so lange Polizeidienste versehen wollte, bis Franz Joseph mit Preußen und Italien fertig wäre. Es fragt sich nur, was die Westmächte zu diesen projectirten Abmachungen sagen werden.

Vocales und Provinzelles.

Görlitz, 12. Juni. Gestern Abend ist ein großer Theil des Dorfes Bischdorf durch eine Windhose in Trümmer gelegt worden. Eine Windmühle und 5 Gebäude sind vollständig zerstört, von 5 anderen Gebäuden ist der Dachstuhl rafit und sind nur die Umfassungs-wände stehen geblieben, bei einer Menge anderer Gebäude ist das Giebel- oder Strohdach ganz oder doch zum großen Theile abgedeckt, mehrere Giebel eingestürzt, und eine Menge Obst- und andere Bäume wie Glas zerplittert. Im Ganzen sind 32 Gebäude mehr oder weniger beschädigt, Menschenleben jedoch glücklicherweise nicht zu beklagen. Der sehr bedeutende Schaden trifft zum großen Theil kleine Häusler und Gärtnere, die, zum Theil hoch verschuldet, in schwere Noth gerathen sind.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 14. Juni. Die Abreise des Königs in Begleitung des Minister-Praesidenten Grafen Bismarck ist vorläufig nummehr auf nächsten Sonntag festgesetzt; derselbe begiebt sich von hier nach Sagan, wo für die nächste Zeit der Centralpunkt für die Dirigirung der Action nach den verschiedenen Seiten hin aufgeschlagen werden wird. (B. B.-Z.)

Als charakteristisch theilt die „B. B.-Z.“ mit, daß dem bekannten Gußstahlfabrikanten Krupp in Essen bei einer bedeutenden Zahlung, die er für Bestellungen der Regierung zu erhalten hatte, für eine Million Thaler Darlehnscheine in Zahlung gegeben worden sind. Es beweist dies, daß deren Ver-ausgabung wenigstens nicht blos aus Veranlassung der Beleibung von Waaren z. erfolgt.

Berlin, 14. Juni. Der „Staats-Anz.“ enthält folgende Bekanntmachung:

In Folge Allerhöchster Ernächtigung vom 7. und 12. d. M. wird auf Grund des §. 3 des Zollgesetzes vom 22. Januar 1838 (Gefehl-Sammlung Seite 34) bis zum 1. October d. J. die Ausfuhr von allen Mühlenfabrikaten aus Getreide und Hülsenfrüchten, als geschroteten und geschälten Körnern, Graupe, Gries, Grüke, Mehl, so wie von gewöhnlichem Backwerk (Brot, überhaupt Bäckwaren), ferner die Ausfuhr von allem Kind- und Schafvieh, über die Grenze von der Weichsel bei Thorn (die eingeschlossen) bis zur Grenze gegen das Königreich Sachsen bei Seidenberg, unter Hinweis auf den im §. 1 des Zollstrafgesetzes vom 23. Januar 1838 (Gefehl-Sammlung Seite 78) angebrochenen Strafen hiermit verboten.

Berlin, den 13. Juni 1866.

Der Finanz-Minister.

Der Minister des Innern.

v. d. Heidt.

Graf Eulenburg

Der „St. Anz.“ enthält Folgendes: Nachstehend theilen wir die Artikel XVIII., XIX. und XX. der Wiener Schlus-Akte vom 15. Mai 1820 mit, auf Grund welcher die Österreiche Regierung in der Bundesversammlung vom 11. d. Mts. ihren Antrag wegen Mobilisierung der Deutschen Bundes-Contingente, mit Ausnahme der Preußischen, zu begründen versucht hat.

XVIII. Da Eintracht und Friede unter den Bundesgliedern ungefähr aufrecht erhalten werden soll, so hat die Bundesversammlung, wenn die innere Ruhe und Sicherheit des Bundes auf irgend eine Weise bedroht oder gestört ist, über Erhaltung oder Wiederherstellung derselben Rath zu pflegen, und die dazu geeigneten Beschlüsse nach Anleitung der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen zu fassen.

XIX. Wenn zwischen Bundesgliedern Thatsäcke zu be-sorgen, oder wirklich ausgetrieben werden sind, so ist die Bundesversammlung berufen, vorläufige Maßregeln zu ergreifen, wodurch jeder Selbsthilfe vorgebeugt, und der bereits unternommenen Einhalt gehalten werde. Zu dem Ende hat sie vor allem für Aufrechterhaltung des Besitzlandes Sorge zu tragen.

XX. Wenn die Bundesversammlung von einem Bundesgliede zum Schutz des Besitzstandes angerufen wird, und der jüngste Besitzstand streitig ist, so soll sie für diesen besondern Fall befragt sein, ein bei der Sache nicht beteiligtes Bundesglied in der Nähe des zu schützenden Gebietes aufzufordern, die Thatsache des jüngsten Besitzes, und die angezeigte Störung derselben ohne Zeitrück durch seinen obersten Gerichtshof summarisch untersuchen, und darüber einen rechtlichen Bescheid abfassen zu lassen, denken Vollziehung die Bundesversammlung, wenn der Bundesstaat, gegen welchen er gerichtet ist, sich nicht auf vorgängige Aufforderung freiwillig dazu versteht, durch die ihr zu diesem Ende angewiesenen Mittel zu bewirken hat.

Es ist sofort ersichtlich, daß zwischen den Bestimmungen dieser Artikel und dem angeführten Antrage zur Aufstellung des Bundesheeres keine Verbindung besteht.

Die Artikel XVIII., XIX. und XX. der Wiener Schlus-Akte werden daher auch von denjenigen Bundesregierungen, welche sich gegen den Österreichen Mobilisierungsantrag erklären, zur Begründung ihres ablehnenden Votums angeführt werden.

Für die Mobilisierung des Bundesheeres kennt das Bundesrecht nur als Grund, wenn der Bundestag nach Artikel 40 der Wiener Schlus-Akte mit einer Majorität von zwei Drittheilen der Stimmen einen Krieg beschlossen hat; oder wenn nach Artikel 39 der Wiener Schlus-Akte das Bundesgebiet von einer auswärtigen Macht feindlich überfallen wird.

Auch diese Bestimmungen stehen dem Österreichen Mobilisierungsantrage nicht zur Seite, da vom Bunde weder ein Krieg gegen Preußen beschlossen ist, noch in der Ausübung des Preußen vertragsmäßig zustehenden Besitzungsrechtes in Holstein der feindliche Überfall eines Bundeslandes erblickt werden kann.

Hamburg, 14. Juni, 1 Uhr Mittags. Der Civil-Adlatus v. Hoffmann ist heute gleichfalls von hier nach Süden abgereist. — Aus London melden Depeschen von heut hierher, daß die Consolidated-Bank die Wiederaufnahme ihrer Zahlungen angezeigt hat und daß die Bank of London mit der Wiederaufnahme in den nächsten Tagen folgen werde. (Tel. d. Berl. Börs.-Atg.)

Frankfurt a. M., 13. Juni, Abends. FM. von Gablenz ist um 4 Uhr hier eingetroffen, bald nach ihm rückte das erste Bataillon der Brigade Kalif ein. Die Truppen werden hier übernachten. Es wird mitgetheilt, daß die gestern von hier abgerückte Österreiche Garnison bei Aschaffenburg stehen geblieben sei. (W. T. B.)

Frankfurt a. M., 14. Juni. Die bereits veröffentlichten Preußischen Grundzüge zur Reform der Bundesverfassung sollen heute auch noch dem Bundestage mit einer besonderen Motivirung übergeben werden. (W. T. B.)

Frankfurt a. M., 14. Juni, Mittags. FM. von Gablenz ist soeben nach Wien abgereist. Die Bayerische Be-fassung hat Marschbereitschaftsordre erhalten, angeblich nach dem Lager bei Würzburg. (W. T. B.)

Weimar, 14. Juni. In der Depesche, welche Preußen an die Deutschen Bundesgenossen gerichtet hat, um sie über die Bedeutung des Österreichen Mobilisierungs-Antrages nicht im Zweifel zu lassen, heißt es: „Dem Antrage fehlt jede bündesrechtliche Grundlage. Durch Annahme derselben lösen die Beteiligten das Bundesverhältniß und treten den bündeslosen Zustand mit einem Theile der Feindseligkeit gegen Preußen an. In dem dann ausbrechenden Kriege wird Preußen sich nur durch das eigene

